

AKTUELL

KRÄNKE BÄUME

Das neue Sterben

Joël Adami

Der Hitzesommer hat seine Spuren im Wald hinterlassen. Noch nie wurden derart viele kranke, geschwächte und tote Bäume gezählt wie 2022.

Am 23. September stellte die Naturverwaltung (ANF) die Resultate der jährlichen Bestandsaufnahme zum Zustand der Luxemburger Wälder vor. Die Ergebnisse sind so schlecht wie noch nie: Rund 62 Prozent der untersuchten Bäume sind in einem schlechten Zustand oder sogar abgestorben. Bei 23 Prozent waren leichte Schäden zu beobachten. Nur 15 Prozent der Bäume in den luxemburgischen Wäldern sind gesund. Das stellt eine Verschlechterung der Situation gegenüber dem Vorjahr dar: 2021 waren 51 Prozent der Bäume in einem schlechten Zustand.

1.200 Bäume an insgesamt 51 systematisch im ganzen Land verteilten Standorten wurden von der ANF auf ihren Gesundheitszustand untersucht. Notiert wird, ob der Baum Blätter verloren hat, ob diese sich frühzeitig verfärbt haben oder ob Schädlinge zu beobachten sind. Anhand dieser Beobachtungen wird der Gesundheitszustand der Bäume in eine von fünf Kategorien – von gesund bis abgestorben – eingeteilt. Diese Untersuchung findet jedes Jahr von Ende Juli bis Mitte August statt.

Hitze, Trockenheit, Insekten und Stress

Die wichtigste Baumart in Luxemburg, die Rotbuche, hat sich einigermaßen stabilisieren können. Die Zahl der gesunden Bäume bei dieser Art ist leicht gestiegen. Zwar sind viele Buchen, die in den letzten Jahren nur leicht angeschlagen waren, 2022 in die nächstschrätere Kategorie gerutscht, aber die Zahl der stark beschädigten und toten Buchen ist gleich geblieben. Bei den Eichen zeichnet sich ein ähnliches Bild. Befall durch Insekten und Pilze ist ein häufiger Grund, weswegen die Bäume ihre Blätter frühzeitig verlieren.

Jene Eichen, die als Niederwald wachsen, haben es besonders schwer.

Nur 15 Prozent der Bäume in den Luxemburger Wäldern sind vollständig gesund.



Foto: CC BY 2.0 RBOED

Diese traditionelle Bewirtschaftungsform kommt nur im Norden Luxemburgs vor. Da die Bäume in den niedrigen Böden in den Hängen des Ölslings keine tiefen Wurzeln ausbilden können, haben sie es bei anhaltender Trockenheit besonders schwer. Auch der Zustand der Nadelbäume, von denen die meisten in Luxemburg nicht heimisch sind, verschlechtert sich weiterhin.

Der Hauptgrund, weswegen sich der Zustand der Wälder so dramatisch verschlechtert hat, liegt auf der Hand: die starke Hitze und ständige Trockenheit des vergangenen Sommers. Bereits 2020 hatten viele Bäume unter Wassermangel gelitten. Zwar konnten sie sich 2021 durch ein vergleichsweise nasses Jahr etwas erholen, der Hitzesommer 2022 setzte den bereits angeschlagenen Bäumen jedoch wieder stark zu.

Die Klimakrise trägt ebenfalls dazu bei, dass Schädlinge wie etwa Borstenkäfer sich stark vermehren können. „Massive Attacken“ der Insekten habe es in den letzten Jahren gegeben, schreibt die ANF in ihrem Bericht zum Zustand der Luxemburger Wälder. Andere Gründe seien laut der Naturverwaltung nicht angepasste Baumarten, aber auch die Luftverschmutzung. Hohe Ozonwerte schaden den Wäldern zusätzlich. Durch die großen Stressfaktoren produzieren einige Bäume sehr viele Samen, was ihnen langfristig wertvolle Ressourcen raubt.

Die schlechte Verfassung der Wälder treibt auch die Politik um. Die LSAP-Abgeordnete Cécile Hemmen stellte eine parlamentarische Anfrage zum Zustand des Waldes und zu Anpassungsmaßnahmen an die Klimakrise. Laut Umweltministerin Joëlle Welfring (DÉI Gréng) werde in staatlichen Wäldern darauf geachtet, einheimische und standortangepasste Bäume zu pflanzen. Ein Arbeitspapier der ANF zeige Anpassungsmöglichkeiten auf, zum Beispiel die Erhöhung der Artenvielfalt und schonendere Eingriffe in den Wald. Das neue Forstgesetz, das seit 2018 auf dem Instanzenweg ist, soll demnächst im Parlament debattiert werden.

SHORT NEWS

Eröffnung des Bildungszentrums Fünfbrunnen

(is) – 2021 kaufte der luxemburgische Staat das ehemalige Internierungslager der Nazis in Fünfbrunnen für 25 Millionen Euro auf. Morgen, am 1. Oktober, öffnet es seine Türen als Gedenkort und Bildungszentrum. Im März dieses Jahres hatte die Regierung, vertreten durch die Minister Marc Hansen (DP) und Claude Meisch (DP), die Schlüssel des Klosters offiziell entgegengenommen. Nun können die Besucher*innen den Ort besichtigen, an dem jüdische Luxemburger*innen während des Zweiten Weltkriegs bis zu ihrer Deportation in die Konzentrationslager Auschwitz oder Theresienstadt festgehalten wurden. Das Programm erstreckt sich von 11 bis 20 Uhr: Es gibt geführte Rundgänge (12 bis 14 Uhr; 15 bis 17 Uhr) und Aktivitäten für die jüngsten Besucher*innen zu Kinderrechten (11 bis 18 Uhr). Die Fotoausstellung „La diversité pour moi, c'est ...“ ist den ganzen Tag zugänglich. Das Konzert „Verfemte Musik“ der École de musique du Canton Clervaux (19 bis 20 Uhr) markiert den Abschluss. Das Gelände ist nur zu Fuß oder mit einem kostenlosen Shuttle zu erreichen, das vom Bahnhof Fünfbrunnen aus losfährt. Weitere Informationen gibt es auf zpb.lu. In Zukunft bieten der Service national de la jeunesse und das Zentrum fir politesch Bildung pädagogische Aktivitäten für ein junges und erwachsenes Publikum in Fünfbrunnen an. Mit dem Erwerb reagierte die Regierung auf internationalen Druck zur Wiedergutmachung. Die woxx berichtete mehrfach über das Thema. Die betreffenden Artikel, unter anderem der Historiker*innen Renée Wagener und Vincent Artuso, sind auf woxx.lu nachzulesen.

Menschenrecht auf saubere Umwelt

(ja) – Am 27. September 2022 beschloss das Minister*innenkomitee des Europarates die Empfehlung, das Recht auf eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt als Menschenrecht zu verankern. In der Resolution wird den 46 Mitgliedsstaaten des Rates nahegelegt, dieses Recht in ihrer jeweiligen nationalen Gesetzgebung zu verankern. Dabei sollen die Staaten auf einige grundsätzliche internationale Prinzipien des Umweltrechtes wie Schadensvermeidung, Prävention und Vorsicht achten. Auch das bekannte Prinzip, dass Verschmutzer*innen für ihre Schäden aufkommen müssen, will der Europarat geachtet wissen. Der Zugang zu Umweltinformationen und intergenerationale Gerechtigkeit müssen gewährleistet werden, heißt es in der Empfehlung des Europarates. Grund für diese Empfehlung ist die Erkenntnis, dass die Menschenrechte nur dann genossen werden können, wenn die dreifache planetare Krise – Klimawandel, Biodiversitätsverlust und Umweltverschmutzung – adäquat bekämpft wird. In der Empfehlung wird darauf hingewiesen, dass Umweltverschmutzung bereits vulnerabile Menschen disproportional stark treffen. Außerdem weist der Rat darauf hin, dass die Regierungen mit regionalen Akteur*innen und der Zivilgesellschaft, insbesondere Umweltschutzorganisationen, zusammenarbeiten müssten, um das Menschenrecht auf eine saubere Umwelt einzuführen. Ist dieses Recht erst einmal eingeführt, müssten die Mitgliedsstaaten auch darauf achten, dieses gegenüber Unternehmen zu verteidigen.

Atomausstieg mit Verlängerung

(lm) – Eigentlich sollten die letzten deutschen Atomkraftwerke Ende 2022 vom Netz gehen, nach einem über 20-jährigen politischen Hin und Her, bei dem die Fukushima-Katastrophe von 2011 eine wesentliche Rolle spielte. Am Dienstag teilte der grüne Wirtschaftsminister Robert Habeck mit, es sei geplant, zwei der drei letzten deutschen AKWs am Netz zu lassen. Begründet wird das, im Kontext von Krieg und Energiekrise, mit einem drohenden Stromnetzengpass in Süddeutschland (Meldung von heise/dpa). Im März hatte Habeck eine solche Laufzeitverlängerung noch weit von sich gewiesen, um sie dann Anfang September als Option für den Notfall wieder ins Gespräch zu bringen. Dass die beiden Reaktoren jetzt auf einmal quasi fest eingeplant werden, lässt Habecks Sinneswandel wie Salamitaktik aussehen. Scharfe Kritik kommt unter anderem von Greenpeace: „Die Strommangellage in Frankreich durch Abschaltung zahlreicher AKWs zeigt, wie unzuverlässig Atomenergie ist.“ Der Verweis auf Frankreich kommt nicht von ungefähr: Derzeit ist dort die Hälfte der Reaktoren nicht am Netz. Weil EDF das versprechen, sie im Winter wieder in Betrieb zu haben, nicht wirklich halten kann, wird das Land, wie schon jetzt, im Rahmen der „europäischen Solidarität“ Strom aus Deutschland importieren. Mit anderen Worten, Habeck muss die ungeliebten Kernreaktoren am Netz lassen, damit im elektrobeheizten Frankreich niemand erfriert. Die Entscheidung sollte nicht überbewertet werden: Es geht nicht um den Neubau von AKWs, sondern um eine Verlängerung der Laufzeit. Die paar Monate mögen Symbolcharakter haben, wirken aber harmlos im Kontext des sich andeutenden Revivals der Kernkraft weltweit.